

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressesprecherin
Claudia Jacob

TOP 9 – Studiengebühren an Hochschulen

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53

Angelika Birk:

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Durch Wiederholung wird eine schlechte Idee nicht besser

Nr. 330.03 / 10.12.2003

Nachdem vor den Sommerferien wiederholt von der FDP das Thema Studiengebühren erfolglos in den Landtag eingebracht wurde, zieht sie es in diesem Jahr zum dritten Mal im Landtag aus der Tasche.

Unsere Kritik am FDP-Vorschlag vom Frühsommer gilt auch noch im Spätherbst: Schleswig-Holstein hat nicht zu viele Studierende, sondern zu wenige. Studiengebühren schrecken ab und sind weder als exklusive Studiumsstartvoraussetzung, noch als Strafmaßnahme zur Examenszeit geeignet, die Leere mancher Lehre zu füllen. In den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen werden geeignete Instrumente vereinbart, um das Lehrangebot zu verbessern. Mit der Neuordnung des Studiums nach Bachelor und Master sollen tatsächliche Anreize gegeben und die Voraussetzungen geschaffen werden, ein Studium zügig durchführen zu können.

Unabhängig davon ist es an der Zeit, für eine perspektivische Diskussion über die Frage, wie die Nachfragesituation der Studierenden gestärkt werden kann, z. B. über das System von Bildungsgutscheinen oder Studienkonten. Der Clou an diesem System ist, dass Studierende vom Staat Mittel erhalten, um die Hochschule ihrer Wahl für ihre Dienstleistungen zu bezahlen, und damit einen Wettbewerb um optimal organisierte Forschung und Lehre auszulösen. Ebenso wird zu Recht öffentlich diskutiert, ob nicht AkademikerInnen einen bestimmten geringen Prozentsatz ihres Einkommens für das Hochschulwesen aufbringen.

Im Modell der FDP hingegen treten die Studierenden als zahlende Nachfragende am Ende ihres Studiums auf und müssen dieses Geld privat aufbringen. Soll damit den Hochschulen der Anreiz gegeben werden, möglichst viele zahlende Langzeitstudierende zu produzieren, um Geld in die Hochschulkassen zu spülen?
